



Liebe Leserinnen und Leser,

das Abschneiden der CDU bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ist enttäuschend, darum muss man nicht herumreden. Von einer erstmals im Landtag vertretenen Partei auf den dritten Platz verwiesen zu werden, ist eine bittere Erfahrung. Aber wir dürfen nicht ignorieren, dass die SPD und die Linkspartei noch größere Verluste eingefahren haben. Die Grünen sind sogar aus dem Schweriner Landtag ausgeschieden. Alle Parteien haben spürbar an die Protestpartei verloren.

Die Wahl zeigt, dass die Flüchtlingspolitik den Ton der Debatte bestimmt hat. Die verbesserte Wirtschaftslage des Landes, die sinkende Arbeitslosigkeit, steigenden Löhne, steigende Renten, alles das spielte nur eine untergeordnete Rolle. Die Bürger haben Sorgen in der Flüchtlingsfrage: Werden nochmal so viele kommen wie im letzten Jahr? Kehren die Nicht-Verfolgten auch tatsächlich in ihre Heimatländer zurück?

Darauf geben wir als Union eine klare Antwort: Eine solche Situation wie im letzten Jahr wird sich nicht mehr wiederholen. Daran arbeiten wir seitdem mit aller Entschlossenheit auf nationaler und internationaler Ebene: Wir haben national das Asylrecht verschärft, wir stellen Milliarden für die Integration zur Verfügung, wir lassen Flüchtlinge früher arbeiten. Aber es sind noch Vorhaben offen und hier sind SPD und Grüne gefordert: Sigmar Gabriel soll in den rot geführten Landesregierungen dafür sorgen, dass der Bundesrat Tunesien, Algerien und Marokko zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Damit könnte er einen konkreten Beitrag zur weiteren Reduzierung der Asylbewerberzahlen leisten.

Es bleibt auch noch einiges zu tun: Bei der Rückführung der abgelehnten Asylbewerber müssen Bund und Länder ihre Anstrengungen verstärken. Der Schutz der EU-Außengrenzen muss intensiviert, Frontex zu einer richtigen europäischen Grenzpolizei ausgebaut werden. Schließlich müssen wir unsere Erfolge auch besser kommunizieren, denn die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge ist seit dem Frühjahr deutlich gesunken.

Wir lassen uns den Mut nicht nehmen und packen weiter an, auch um die Wahlkämpfe in Niedersachsen und in Berlin zu unterstützen. Die Union ist und bleibt die Kraft, die die besten Antworten auf die vielen Herausforderungen unserer Zeit hat.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



TERMINE

- 10. September**
CDU Infostand Wolfenbüttel
- 11. September**
Kommunalwahl
Niedersachsen
- 12. September**
Gemeinderatsfraktion
Cremlingen
- 14. September 9Uhr**
CDA Wolfenbüttel
- 14. September**
Gesprächstermin Lebenshilfe
- 15. September 19Uhr**
GINKGOFEST der
Handwerkskammer
Braunschweig-Lüneburg-
Stade
- 16./17. September**
Bundesvorstandssitzung der
CDA
- 17. September 10Uhr**
Infostand "Nach der Wahl"
- 18. September 10Uhr**
70 Jahre CDU Hallendorf
- 19.-23. September**
Sitzungswoche Berlin

Bundestag debattiert über den Haushaltsplan 2017

Es ist September und der Deutsche Bundestag diskutierte in seiner ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause den Haushaltsplan der Bundesregierung für 2017. Die erfreuliche Nachricht: Deutschland steht finanziell hervorragend da und es wird auch im kommenden Jahr einen ausgeglichenen Haushalt geben. Das ist gut für die Menschen und die Wirtschaft. Außerdem lässt es Spielräume für wichtige Projekte. So wird für Bereiche wie die Innere Sicherheit oder Bildung mehr Geld zur Verfügung gestellt. Der Haushalt 2017 umfasst Ausgaben in Höhe von rund 329 Milliarden Euro. Das sind 11,8 Mrd Euro mehr als im aktuellen Haushaltsjahr 2016. Der Entwurf der Bundesregierung sieht dabei aber keine Aufnahme neuer Kredite vor. Vielmehr stehen der Etathöhung geplante Steuermehreinnahmen in Höhe von 13,72 Milliarden Euro gegenüber.

Mehr Geld für innere Sicherheit

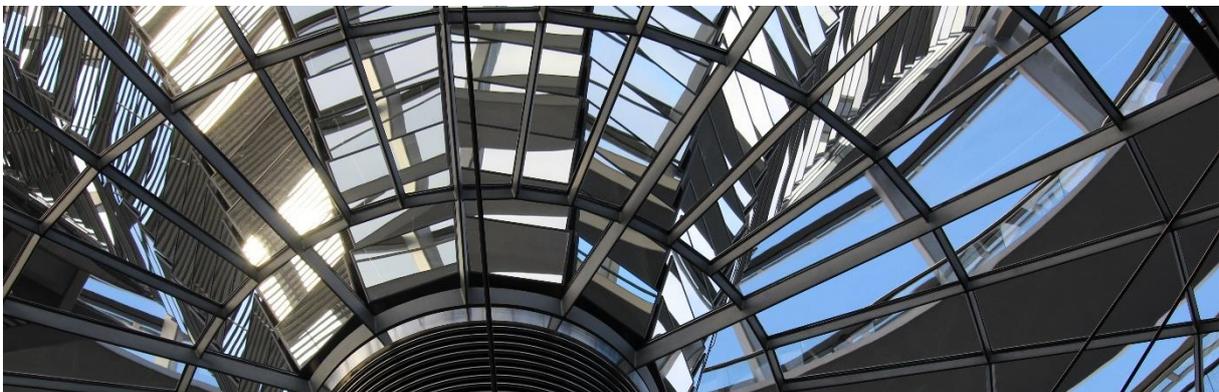
Innenminister Thomas de Maizière (CDU) soll für sein Ministerium im kommenden Jahr rund 8,3 Milliarden Euro bekommen. Das sind 537 Millionen Euro mehr als ihm für das laufende Jahr zur Verfügung stehen. Vom Gesamtetat sind etwa zwei Drittel der Ausgaben für den Bereich der Sicherheitsbehörden vorgesehen. Für die Unionsfraktion ist der Schutz der Bürger vor Terrorismus und Kriminalität eine der zentralen Aufgaben. Viel ist schon geschehen, doch weitere Schritte sind nötig. So sollen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes weitere Beamte eingestellt werden. Im Zeitraum von 2016 bis 2020 will die Unionsfraktion rund 7.000 neue Stellen bei der Bundespolizei schaffen.

Deutschlands Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit stärken

Auch in den Bereich Bildung und Forschung soll im kommenden Jahr mehr investiert werden. CDU-Ministerin Johanna Wanka sollen rund 17,6 Milliarden Euro für die Arbeit ihres Ministeriums zur Verfügung stehen. Klar ist, dass man mit konsequenter Digitalisierung sowohl die individuellen Bildungs- und Berufschancen als auch Deutschlands Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit stärken kann. Deswegen setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür ein, eine nationale Infrastruktur für Forschungsdaten zu etablieren. Auf diese Weise sollen Daten nachhaltig aufbewahrt, zugänglich gemacht und genutzt werden können – auch über Disziplingrenzen hinweg.

Verteidigung, Verkehr und Digitale Infrastruktur

Auch die Bereiche Verteidigung und Verkehr/Digitale Infrastruktur werden finanziell gestärkt: Der Etat von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) soll auf 36,6 Milliarden Euro erhöht werden. Knapp die Hälfte davon entfallen auf Personalausgaben. Für militärische Beschaffungen sind wiederum 11,1 Milliarden Euro vorgesehen – etwa eine Milliarde Euro mehr als in diesem Jahr. Minister Alexander Dobrindt (CSU), zuständig für die Bereiche Verkehr und Digitale Infrastruktur, kann mit einem Etat in Höhe von 26,8 Milliarden Euro rechnen.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU



Einer von uns in Berlin –
Sitzungswochen vom 05. bis 09.
September 2016

**Gesetz über die Feststellung des
Bundeshaushaltsplans für das
Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)
sowie Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020.**

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble stellte den Regierungsentwurf mit seinen Schwerpunkten vor. Demnach bleibt der Bundeshaushalt in jedem Jahr bis 2020 ausgeglichen, wobei im kommenden Jahr eine Einnahmen- und Ausgabensteigerung von jeweils 3,7 Prozent auf 328,7 Mrd. EUR geplant ist. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote wird in diesem Jahr voraussichtlich unter 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken und soll bis zum Jahr 2020 unter die Maastricht-Grenze von 60 Prozent fallen. Das wäre dann das erste Mal seit dem Jahr 2002.

Bundesministerium des Innern. Die Ausgaben für die innere Sicherheit sollen bis 2020 deutlich um insgesamt fast 2,6 Mrd. EUR aufgestockt werden. Insbesondere werden die Sicherheitsbehörden wie das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik personell gestärkt. Im Regierungsentwurf sind für 2017 gut 2.000 neue Stellen vorgesehen. In den parlamentarischen Beratungen wollen wir 4.500 weitere Stellen für den Zeitraum 2017 bis 2020 beschließen. Damit bleiben wir der Motor für die innere Sicherheit in der Koalition. Bislang weist der Regierungsentwurf für 2017 Ausgaben in Höhe von rund 8,34 Mrd. EUR auf, d.h. rund 6,9 Prozent mehr als der Sollansatz 2016.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Die Ausgaben sollen um gut 10 Mio. EUR auf 735 Mio. EUR sinken. Das

Ressort will seine Mittel für Marktwächter verstetigen, einem Frühwarnsystem zur Vermeidung struktureller Verbraucherprobleme, für das Schwerpunktverbraucherzentralen gebildet wurden. Überdies will das Ressort Investitionen in seine Ausstattung mit Informationstechnologie nachholen und fortschreiben.



Bundesministerium für Bildung und Forschung. Der Etat genießt bei uns weiterhin hohe Priorität. 2017 stehen im Regierungsentwurf knapp 17,6 Mrd. EUR zur Verfügung. Gegenüber 2016 ist dies ein Aufwuchs von rund 1,2 Mrd. EUR. Im Vergleich zum Regierungsantritt im Jahr 2005 ist das mehr als das Doppelte. Für den Hochschulpakt stehen damit rund 2,8 Mrd. EUR zur Verfügung, der Pakt für Forschung und Innovation wird fortgesetzt. Die Ausgaben für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Mitgliedseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft werden erneut um 3 Prozent gesteigert, und zwar allein durch den Bund.

Auswärtiges Amt. Die Ausgaben sinken laut Regierungsentwurf um 4,3 Prozent auf 4,6 Mrd. EUR. Maßgeblich dafür sind geringere Beiträge zu den Vereinten Nationen. Das Auswärtige Amt ist unter anderem für



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU



humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland und die Krisenprävention zuständig und erhält hierfür zusätzliche Mittel in Höhe von 400 Mio. EUR.

Bundesministerium der Verteidigung. Angesichts wachsender internationaler Gefahren wird der Verteidigungshaushalt im Regierungsentwurf im kommenden Jahr um 1,7 Mrd. EUR auf rund 36,6 Mrd. EUR und im neuen Finanzplan um insgesamt rund 10,2 Mrd. EUR angehoben. Für internationale Einsätze ist im Regierungsentwurf für 2017 ein Anstieg der Zusatzausgaben um 370 Mio. EUR auf 730 Mio. EUR veranschlagt. Maßgeblich sind Einsätze gegen die Terrororganisation IS, in Mali, im Mittelmeer und in Afghanistan.



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Ausgaben sollen im Haushaltsjahr 2017 wiederum ein Rekordniveau erreichen und

rund 8 Mrd. EUR betragen. Dabei wirken sich die Anstrengungen zur Bekämpfung der Fluchtursachen signifikant aus. Nach der letzten OECD-Statistik liegt Deutschland in absoluten Werten an dritter Stelle der Gebernationen hinter den USA und Großbritannien.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Der Regierungsentwurf sieht für 2017 Ausgaben von rund 7,4 Mrd. EUR vor. Einen Schwerpunkt bildet die technologieoffene Förderung des innovativen Mittelstandes mit einem Gesamtvolumen von 804 Mio. EUR, 548 Mio. EUR davon entfallen auf das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand. Der Förderbereich Digitale Agenda soll mit rund 174 Mio. EUR gefördert werden. Hinzu kommt die Anfinanzierung eines Mikroelektronikprogramms zur Steigerung von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit in der europäischen Industrie mit Ausgaben von 50 Mio. EUR sowie Verpflichtungsermächtigungen von 800 Mio. EUR in 2017. Größter Ausgabenschwerpunkt des Einzelplans ist mit 1,6 Mrd. EUR der Bereich Luft- und Raumfahrt.

Bundesministerium für Gesundheit. Der Regierungsentwurf enthält Ausgaben von insgesamt rund 15,1 Mrd. EUR. Der Bundeszuschuss für die gesetzlichen Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen an den Gesundheitsfonds soll 2017 gegenüber 2016 um 500 Mio. EUR auf 14,5 Mrd. EUR angehoben werden und in dieser Höhe langfristig festgeschrieben werden. Die Ausgaben für die Förderung der freiwilligen privaten Pflegevorsorge erhöhen sich im kommenden Jahr aufgrund der Umsetzung des Anspruches auf eine staatliche Zulage für private Pflegezusatzversicherungen um rund 6,75 Mio. EUR auf rund 45,75 Mio. EUR. Die



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Ausgaben für Maßnahmen zur Verbesserung der Situation Pflegebedürftiger erhöhen sich auch wegen der Implementierung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs von 3,9 Mio. EUR im Jahr 2016 auf 4,9 Mio. EUR.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Die Ausgaben des größten Bundesetats sollen um 6,7 Prozent auf 138,6 Mrd. EUR ansteigen. Wegen der aktuellen Flüchtlingssituation steigen die Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung. Für das geplante Bundesteilhabegesetz sind für die vier Jahre von 2017 bis 2020 insgesamt gut 1,6 Mrd. EUR Haushaltsausgaben des Bundes berücksichtigt. Gemäß einer Einigung im Koalitionsausschuss darf im laufenden Gesetzgebungsverfahren diese Kostenbelastung des Bundes nicht überschritten werden.



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Der Regierungsentwurf sieht 2017 einen Ausgabenanstieg um rund 301 Mio. EUR auf rund 5,9 Mrd. EUR vor. Schwerpunkt sind aufgrund des wirtschaftlich schwierigen Strukturwandels Zuschüsse von rund 3,9 Mrd. EUR zum agrarsozialen Sicherungssystem. Das Liquiditätsprogramm Milch sieht für Deutschland 58 Mio. EUR vor. Sofern es gesetzlich ausgestaltet wird, kann der Deutsche Bundestag bis zur Verabschiedung des Haushaltes noch erhöhen. Für präventiven Hochwasserschutz werden dem Etat wieder 100 Mio. EUR Euro bereitgestellt. Insgesamt 40 Mio. EUR stehen für die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe im Bereich der ländlichen Entwicklung zur Verfügung, so dass nunmehr auch Investitionen in nichtlandwirtschaftlichen Kleinstbetrieben, in kleine Infrastrukturen oder auch zugunsten des ländlichen Tourismus gefördert werden können.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Der Einzelplan steigt auf rund 9,2 Mrd. EUR. Der weitaus größte Anteil entfällt auf das Elterngeld, das um 400 Mio. EUR auf 6,2 Mrd. EUR anwächst. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Extremismusprävention und Demokratieförderung. Für vielfältige Programme im gesamten Bereich des Familienministeriums stehen insgesamt rund 1,55 Mrd. EUR zur Verfügung.

Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur.

Die Ausgaben sollen 2017 um 9,2 Prozent auf rund 26,8 Mrd. EUR ansteigen. Für Investitionen in die Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße und den kombinierten Verkehr stehen rund 12,8 Mrd. EUR zur Verfügung. Dies ist ein Anstieg um rund 25 Prozent seit Beginn der Legislaturperiode. Für den



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Breitbandausbau werden 2017 bis 2020 zusätzliche 1,3 Mrd. EUR zu den bisher vorgesehenen 2,7 Mrd. EUR bereitgestellt. Damit sollen unterversorgte Gebiete, in denen kein privatwirtschaftlicher Netzausbau zu erwarten ist, unterstützt werden.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Insgesamt sollen 5,45 Mrd. EUR bereit stehen. Für den Bereich sozialer Wohnungsbau sieht der Regierungsentwurf eine Verdoppelung der Zahlungen des Bundes an die Länder in den Jahren 2017 bis 2019 auf jährlich über 1 Mrd. EUR vor. Über die Verwendung weiterer für den Wohnungsbau eingestellter Mittel von 500 Mio. EUR pro Jahr ist in den Haushaltsberatungen zu entscheiden. Für die soziale Stadtentwicklung und den Stadtumbau sind jährlich 300 Mio. EUR an Programmmitteln zusätzlich vorgesehen. Die Programmmittel „Kriminalprävention durch Einbruchmittel“ werden im Regierungsentwurf um 40 Mio. EUR auf nunmehr 50 Mio. EUR aufgestockt.

Wussten Sie schon...?

..., dass Jeanne-Claude und Christo 1994 100.000m² Polypropylengewebe und 15.600m Seil für die Verhüllung des Reichstages benötigten?



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Daten und Fakten

Einkommen steigen stärker als Mieten. Die Mieten bleiben in Deutschland in der Breite stabil oder werden relativ zum Einkommen sogar günstiger. Zwar stiegen die Mieten seit 2010 durchschnittlich um 10,2 Prozent, im gleichen Zeitraum erhöhten sich die durchschnittlichen Einkommen jedoch auch um 11,5 Prozent. Wer 25 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Miete ausgibt, bekommt durchschnittlich 94 Quadratmeter Wohnfläche – zwei Quadratmeter mehr als noch vor sechs Jahren. Im Landkreis Dingolfing-Landau reicht ein Viertel des Durchschnittseinkommens für 125 Quadratmeter Wohnfläche, in den Studentenstädten Trier, Freiburg, Heidelberg und Würzburg für lediglich 60 Quadratmeter. Selbst in den Großstädten München und Frankfurt konnte die entsprechende Wohnfläche um einen beziehungsweise drei Quadratmeter zulegen. Überproportionale Mietsteigerungen konzentrieren sich nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln auf wenige Orte wie Berlin, Stuttgart oder Dortmund, wo die Kaufkraft nicht im selben Maße stieg wie die Preise. (Quelle: IW Köln)

Für den Wahlkreis Wolfenbüttel/Salzgitter

Bund entlastet niedersächsische Kommunen in Milliardenhöhe – rot-grüne Landesregierung leistet wenig. Mit Blick auf die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion kritisieren wir, die CDU-Landesgruppe Niedersachsen, das geringe Engagement der rot-grünen Landesregierung zur finanziellen Entlastung der Kommunen. Die niedersächsischen Kommunen werden in den Jahren 2013 bis 2019 vom Bund im Durchschnitt um rund 1,9



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Im Gegensatz dazu reduziert sich die Leistung von SPD und Grünen im Wesentlichen darauf, diese Bundesmittel an die Kommunen weiterzuleiten.



So würden allein die Übernahme von Sozialleistungen durch den Bund die niedersächsischen Kommunen in jedem Jahr um über 1,1 Milliarden Euro entlasten.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Einstimmige Nominierung der CDU als Bundestagkandidat für 2017.

112 anwesende CDU-Mitglieder, 111 abgegebene Stimmen, davon eine Enthaltung und 110 für meine Bundestagskandidatur. Damit bin ich als CDU-Direktkandidat im Wahlkreis 49 Salzgitter – Wolfenbüttel für die Bundestagswahl 2017 nominiert. Eindeutiger hätten die CDU-Mitglieder aus dem gesamten Wahlkreis nicht entscheiden können. Ich freue mich riesig über das mir entgegengebrachte Vertrauen und die so starke Rückendeckung. Danke!

Vor der Abstimmung zog ich Bilanz über meine Arbeit im Wahlkreis und in Berlin. Ein wichtiges Ziel konnte nach der

Bundestagswahl 2013 erreicht werden: Der Asse-Fonds. Bis zum Abschluss von Rückholung und Stilllegung des Zwischenlagers Asse gibt der Bund seit 2015 jährlich drei Millionen Euro in den Asse-Fonds. Hierzu wurde die Stiftung Zukunftsfonds Asse aufgebaut. Als CDU haben wir dieses Thema zum Erfolg geführt und seit Jahren dafür gekämpft, während die SPD uns immer wieder Steine in den Weg gelegt hat. Zeitweise war auch von Ablasshandel die Rede. Dass eine Verdopplung der Einlagerungsmenge in Schacht Konrad aus den Entwürfen des Nationalen Entsorgungsprogramms entfallen ist, geht auf das großartige gemeinsame Handeln der Region zurück. In Berlin konnte ich meinen Beitrag dazu leisten.

Das Thema Sicherheit bildete einen weiteren Schwerpunkt von meinen Ausführungen. So werden auf Betreiben von CDU und CSU u.a. von 2015 bis 2018 4.220 zusätzliche Stellen bei der Bundespolizei geschaffen. Auf diese Weise konnten die rechnerischen Streichungen von ca. 470 Planstellen bei der Bundespolizei ausgeglichen werden, die die SPD zwischen 2010 und 2014 initiierte. Meinen Rückhalt finden die Vorhaben der Unions-Innenminister, 15.000 neue Stellen bei der Polizei in den Länder zu schaffen, die Vorratsdatenspeicherung von zehn Wochen auf sechs Monate zu erweitern, den Cyberraum stärker zu überwachen und das teilweise Burka-Verbot im öffentlichen Raum.

Einen weiteren Schwerpunkt legte ich auf die digitalisierte Arbeitswelt. Für meine Fraktion bin ich Berichterstatter für gesunde Arbeit und Mitbestimmung, zudem bin ich Mitglied im Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales der CDU. In diesen Funktionen setze ich mich maßgeblich mit der Rolle der Sozialpartner auseinander.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de





Ralph Bogisch (Kreisvors. Goslar), Frank Oesterhelweg MdL (Kreisvors. Wolfenbüttel), Uwe Lagosky MdB und Andea Kempe (Stv. Vors. Salzgitter)

Im Präsidium leitete der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Wolfenbüttel, Frank Oesterhelweg MdL, die Wahlkreismitgliedervollversammlung, der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Goslar, Ralph Bogisch schlug mich in Abstimmung mit den Kreisvorständen des Wahlkreises als Kandidaten vor. Andrea Kempe vertrat als stellvertretende Vorsitzende den CDU-Kreisverband Salzgitter im Präsidium. Zu meiner Freude waren auch mein Vorgänger als Bundestagsabgeordnete, der heutige Vorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU Helmut Sauer und Jochen-Konrad Fromme mit bei der Versammlung. Der Versammlungsleiter und Kreisvorsitzende der CDU Wolfenbüttel, Frank Oesterhelweg, fasste das Ergebnis auf den Punkt zusammen: „Das einstimmige Votum für Uwe Lagosky ist ein großer Vertrauensbeweis, über den ich mich sehr freue. So können wir geschlossen in den Wahlkampf 2017 gehen.“



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

